

Pressemitteilung

CDU-Abgeordnete: Südbaden muss an das geplante Wasserstoff-Kernnetz angebunden werden!

Diana Stöcker und Felix Schreiner geben Stellungnahme im Rahmen der Konsultation des Antragsentwurfs für ein Wasserstoff-Kernnetz ab. Bundestagsabgeordnete sehen massiven Nachteil bei den aktuellen Plänen der Bundesregierung für ihre Walkreise und fordern Nachbesserungen!

Berlin, 09.01.2024

Diana Stöcker, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 71624
diana.stoecker@bundestag.de

Felix Schreiner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 72065
felix.schreiner@bundestag.de

Nach den derzeitigen Plänen für ein Wasserstoff-Kernnetz geht nach Ansicht der beiden CDU-Wahlkreisabgeordneten Felix Schreiner (Waldshut) und Diana Stöcker (Lörrach) die Oberrhein-, Hochrhein- und Hochschwarzwaldregion leer aus. „Unsere Region braucht einen Anschluss an das geplante Kernnetz. Das Wasserstoffnetz ist eine wichtige Lebensader der Zukunft, deshalb müssen alle Regionen in Deutschland an das Kernnetz angebunden werden. Das gilt auch für die starke Industrie- und Mittelstandsregion Südbaden“, so Felix Schreiner. Diana Stöcker ergänzt: „Große Teile Baden-Württembergs, darunter auch Südbaden, sollen nicht angeschlossen werden. Damit ist völlig unklar, wie der Wasserstoffhochlauf in unserer Region erreicht werden soll.“

Das Wasserstoff-Kernnetz bilde laut den CDU-Abgeordneten die erste Stufe des Wasserstoff-Netzhochlaufs, mit dem deutschlandweit zentrale Wasserstoff-Standorte angebunden werden. Am 15. November 2023 hätten die Fernleitungsnetzbetreiber ihren Antragsentwurf für das Wasserstoff-Kernnetz vorgelegt. Dieses solle rund 9.700 Kilometer lang sein und zu rund 60 Prozent aus umgestellten Erdgasleitungen und zu 40 Prozent aus Neubauleitungen bestehen.

Im Rahmen der Konsultation des Antragsentwurfs gaben die beiden Wahlkreisabgeordneten nun eine gemeinsame Stellungnahme ab. In dieser heißt es unter anderem: „Es darf kein weißer Fleck in weiten Teilen Baden-Württembergs entstehen. Zum einen, weil Wasserstoff wesentlich ist, um Klimaneutralität 2045 durch eine prosperierende, klimafreundliche Wirtschaft zu erreichen. Zum anderen, weil die Entfernung zukünftiger Anschlüsse an das Wasserstoff-Kernnetz entscheidend ist, wie schnell und in vielen Fällen ob überhaupt Wasserstoff für die Nutzer in der Region zur Verfügung stehen wird.“



Weiter wird auf die wirtschaftliche Stärke der Regionen verwiesen. So schreiben Felix Schreiner und Diana Stöcker, dass die heimischen Betriebe in die Lage versetzt werden müssten, durch eine alternative, klimafreundliche Energieversorgung, dazu zähle beispielsweise Wasserstoff, die ambitionierten Dekarbonisierungsziele erreichen zu können.

Eine herausgehobene Stellung komme der Region auch aufgrund ihrer geographischen Lage zu. Als Grenzregion könnten wir zu einer wichtigen Drehscheibe im Dreiländereck Deutschland, Schweiz, Frankreich werden. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag zur notwendigen europäischen Vernetzung der Wasserstoff-Infrastruktur. „Dazu müssen aber Potenziale genutzt und Kapazitäten ermöglicht werden. Eine Randlage mit Unterversorgung muss abgewendet werden“, so Felix Schreiner und Diana Stöcker.

Die beiden Politiker fordern eine Nachbesserung durch die Bundesregierung. So müsse der Planungsentwurf durch das Bundeswirtschaftsministerium angepasst werde, damit alle Bedarfe zeitnah angeschlossen werden könnten. Mögliche Standorte von benötigten Backup-Kraftwerken beim Kernnetz gelte es mitzudenken, denn eine frühzeitige Verzahnung hin zu einer integrierten Strom-, Gas- und Wasserstoff-Infrastruktur spare Kosten und steigere die Resilienz des Energiesystems. Schließlich müsse der zweite Schritt zum Anschluss der Verteilnetzebene integrativ, statt zeitlich nacheinander umgesetzt werden.

Information:

Am 22. September 2023 hat die Bundesregierung die Fortschreibung der Wasserstoffstrategie im Deutschen Bundestag beraten. Diese Fortschreibung baut dabei auf der von der Vorgängerregierung im Jahr 2020 verabschiedeten Wasserstoffstrategie auf. Diese Fortschreibung adressiert im Wesentlichen die Felder Erzeugung, Importe, Infrastrukturen und Anwendungsgebiete.



Die Anpassung des Energiewirtschaftsrechts ist eine Grundlage für das Wasserstoff-Kernnetz. Mit ihm sollen große Verbrauchs- und Erzeugungsregionen für Wasserstoff in Deutschland erreicht und so zentrale Wasserstoff-Standorte, beispielsweise große Industriezentren, Speicher, Kraftwerke und Importkorridore, angebunden werden. Das Kernnetz soll wichtige Wasserstoffinfrastrukturen beinhalten, die bis 2032 in Betrieb gehen sollen, so die Bundesnetzagentur. Die Fernleitungsnetzbetreiber haben das Wasserstoff-Kernnetz modelliert und der Bundesnetzagentur am 15. November 2023 einen entsprechenden Antragsentwurf vorgelegt. Dieser wurde bis zum 8. Januar 2024 konsultiert. In diesem Rahmen gaben Felix Schreiner und Diana Stöcker eine gemeinsame Stellungnahme ab.